

**Antragsteller: BDKJ-Diözesanvorstand**

Die BDKJ-Diözesanversammlung möge beschließen:

BDKJ-Diözesanversammlung fordert Sanktionen gegen das südafrikanische Unrechtsregime

Der BDKJ-Diözesanverband Regensburg beschäftigt sich seit Jahren mit der Problematik der Ungerechtigkeit in Südafrika und Namibia.

Angesichts der immer gewalttätigeren und bedrohlicheren Situation in Südafrika und Namibia sehen wir, die Teilnehmer der BDKJ-Frühjahrsdiözesanversammlung 1987, es als unerlässlich an, aktuell Position zu beziehen:

"Eine Politik der 'getrennten Entwicklung', das in der Verfassung und Gesetzgebung festgeschriebene System der Apartheid, das Menschen nach Rassen trennt und einer Rasse die Vormachtstellung gegenüber allen anderen einräumt und an dieser Vormachtstellung bei allen Schritten zu angeblichen Reformen festhält und sie unter Mißbrauch des staatlichen Gewaltmonopols zu verteidigen entschlossen ist, hat mit christlichem Glauben nichts gemeinsam.

Wir bekräftigen unsere Überzeugung, die wir mit vielen Christen in aller Welt teilen, daß Apartheid Sünde gegen Gott und den Menschen ist und durch das Evangelium Jesu Christi unmißverständlich verurteilt wird." \*1)

Mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes hat die südafrikanische Regierung eine weitere Eskalation der Gewalt bewußt produziert.

"Wie schon während des letzten Ausnahmezustandes wurden Mitglieder aus allen oppositionellen Organisationen, darunter auch viele kirchliche Mitarbeiter, verhaftet. Die Bestimmungen des Ausnahmezustandes sind drakonisch: den Sicherheitskräften wurde faktisch völlige Handlungsfreiheit eingeräumt, ohne daß es eine Möglichkeit gibt, sie gerichtlich zu belangen. Personen, die unter den Bestimmungen des Ausnahmezustandes verhaftet werden, können beliebig lange inhaftiert werden, ohne einen Rechtsanwalt einschalten zu können oder eine Gerichtsverhandlung zu bekommen. Die Presse - national und international - ist einer nahezu vollständigen Zensur unterworfen." \*2)

"Immer noch hält Südafrika mit mehr als 100.000 Soldaten Namibia illegal besetzt und verhindert die Selbstbestimmung der namibischen Bevölkerung. Wir werden dadurch ständig daran erinnert, daß sich Gewalt und Unterdrückung der südafrikanischen Regierung über die Landesgrenzen hinaus erstrecken und Frieden und Gerechtigkeit in der ganzen Region verhindern." \*3)

Aus dem bisher Gesagten folgt: Wir sind solidarisch mit dem leidenden und unterdrückten Volk in Südafrika und unterstützen diese Ziele seines Befreiungskampfes. Wir tun dies gemeinsam mit der Südafrikanischen Bischofskonferenz.

Mit ihr fordern wir von der südafrikanischen Regierung:

- die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes;
- die sofortige Freilassung aller politischen Häftlinge;
- die Abschaffung der Apartheid ohne Verzögerung;
- die Durchführung demokratischer Wahlen mit gleichem Stimmrecht für Schwarze und Weiße, Mischlinge und Inder;
- den Rückzug Südafrikas aus Namibia.

Desweiteren stimmen wir mit der Südafrikanischen Bischofskonferenz überein, wenn sie sagt: "Das System der Apartheid hat in den menschlichen Beziehungen in unserem Land über so lange Zeit hinweg soviel Leid und Schaden verursacht und wird nun trotz einiger Reformen mit solch unterdrückender Gewalt verteidigt, daß die Menschen zu den stärksten Formen des Drucks greifen müssen, die irgend möglich sind, um das System zu ändern. Es scheint, daß die wirksamste der gewaltlosen Formen des Drucks, die bleibt, wirtschaftlicher Druck ist." \*4)

Deshalb fordern wir, die Teilnehmer der BDKJ-Frühjahrsdiözesanversammlung 1987, Bundesregierung und Bundestag auf, u.a.:

- das Waffenembargo (nach Beschluß des UN-Sicherheitsrats von 1977) strikt einzuhalten,
- die Ausfuhr von sämtlichen Gütern nach Südafrika, die polizeiliche und militärische Verwendung finden, zu verbieten;
- Neuinvestitionen und Kredite bzw. deren Vermittlung durch bundesdeutsche Banken zu verbieten;
- die bundesdeutsche Unternehmen begünstigende Hermes-Rückversicherung \*5) für Investitionen, ebenso das Doppelbesteuerungsabkommen \*6) sofort zu kündigen;
- den Export jeder Art von Hochtechnologie (Computer, Mikroprozessoren usw.) zu verbieten;
- die Einfuhr südafrikanischer Rohstoffe (wie Uran, Chrom, Vanadium, Platin, Mangan, Steinkohle, Textilrohstoffe, Felle) und Agrarerzeugnisse zu verbieten;
- ein nationales Verkaufsverbot für 'Krüger-Rand' und Platin-Noble Münzen zu erlassen;
- Forschungsaufenthalte südafrikanischer Wissenschaftler in bundesdeutschen Instituten zu unterbinden;
- die Befreiungsbewegung zu unterstützen;
- bei der südafrikanischen Regierung die Anerkennung auch von ANC (African National Congress) und SWAPO (Southwest African People's Organisation) als politische Vertretung der Unterdrückten voranzutreiben,
- die sogenannten Frontstaaten in humanitärer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht verstärkt zu unterstützen;
- ein kurzzeitiges Landeverbot in der Bundesrepublik für die staatliche südafrikanische Fluggesellschaft SAA zu erlassen;

Die Hilfe, die den Unterdrückten in Südafrika bisher von Seiten der Kirche in der Bundesrepublik Deutschland zuteil geworden ist, erkennen wir dankbar an, insbesondere die Bemühungen von Misereor und die kürzlich erfolgte Erklärung des ZDK.

Nachdrücklich bitten wir sie allerdings darum, dieses Engagement noch weiter zu verstärken.

So fordern wir unsere Bischöfe auf, ihre Solidarität mit ihren südafrikanischen Amtsbrüdern u.a. dadurch zu bekunden, daß sie:

- öffentlich für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika eintreten;
- von der Bundesregierung eindringlich die Verhängung wirtschaftlicher und politischer Sanktionen gegen das Unrechtsregime in Südafrika verlangen;
- ihren Einfluß auf Banken und Wirtschaft nutzen und sie zu gezielten Boykottmaßnahmen bewegen.

Wir fordern nicht nur Maßnahmen von Politik und Wirtschaft und Engagement von Seiten unserer Bischöfe, auch jeder einzelne von uns ist gefordert, Zeichen der Solidarität mit dem leidenden und unterdrückten Volk in Südafrika zu setzen.

Deshalb fordern wir u.a.:

- in Gottesdiensten für das südafrikanische Volk zu beten;
- an Veranstaltungen und Aktionen des BDKJ und seiner Mitgliedsverbände und anderer mit ihnen zusammenarbeitenden Organisationen zum Thema "Südafrika" teilzunehmen (z.B. Jugendtage, Informationsveranstaltungen, Bankenaktionstag (21.5.1987), Südafrika-Solidaritätswochenende (19./20.9.1987), Mahnwache des Evang. Bildungswerkes Regensburg (14.5.1987);
- Konten bei Banken, die wirtschaftliche Beziehungen zu Südafrika unterhalten, zu kündigen;
- den Kauf von Früchten aus Südafrika zu boykottieren;
- sich an Unterschriften- und Briefaktionen zu beteiligen.

Jedes einzelne Zeichen von uns bekräftigt die gemeinsame Aussage der Südafrikanischen Bischofskonferenz und des ANC vom 16.04.1986: Apartheid ist "nicht reformierbar, sondern muß gänzlich beseitigt werden".

- \*1) und \*3) Erklärung von aej und BDKJ zur aktuellen Situation in Südafrika vom 10.11.1985
- \*2) Erklärung der aej-Mitgliederversammlung vom 11.11.1986: Sanktionen gegen Südafrika
- \*4) aus: "Wirtschaftlicher Druck und Gerechtigkeit", Erklärung der Südafrikanischen Bischofskonferenz vom 02.05.1986
- \*5) Die Hermes-Kreditversicherungs-AG (Hamburg) übernimmt zur Exportförderung im Auftrag der Bundesregierung Ausfuhrgarantien und -bürgschaften: Der bundesrepublikanische Lieferant versichert sich gegen das Risiko, daß sein Käufer nicht zahlen kann und daß sich politische Bedingungen von Exportgeschäften ändern. Hermes-Bürgschaften sind erwerbswirtschaftliche Kreditversicherungen, deren Garantie aber der Bund (d.h. der Steuerzahler) übernimmt.
- \*6) Das Doppelbesteuerungsabkommen beseitigt die Doppelbesteuerung deutscher Unternehmer, die in Südafrika bereits besteuert werden.

**Dieser Antrag wurde bei 2 Enthaltungen angenommen!**